

Krafsamer Zeitung.

Nr. 290.

Mittwoch den 20. December

1865.

Die „Krafsamer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis für Krafsau 3 fl., mit Verendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Hkr., einzelne Nummern 5 Hkr.

Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

Annoncen übernehmen die Herren: Haasenfein & Vogler in Frankfurt, Berlin, Basel, Hamburg und Wien.

IX. Jahrgang.

Gebühr für Inserationen im Amtsblatt für die vierstellige Petitzeile 5 Hkr., im Anzeigebrett für die erste Einrückung 3 Hkr., für jede weitere 2 Hkr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Hkr. — Inserats-Verordnungen und Gelder übernimmt Carl Rudwiger. — Aufwendungen werden franco erbeten.

Einladung zum Abonnement

auf das mit dem 1. Januar f. J. beginnende neue Quartal der

„Krafsamer Zeitung.“

Der Pränumerations-Preis für die Zeit vom 1. Januar bis Ende März 1866 beträgt für Krafsau 3 fl., für auswärtig mit Inbegriff der Postsendung 4 fl.

Abonnements auf einzelne Monate (vom Tage der Zusendung des ersten Blattes an) werden für Krafsau mit 1 fl., für auswärtig mit 1 fl. 35 Hkr. berechnet.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 1. December d. J. die graduelle Verordnung des Custos canonicus Anton Ertzbach von Kistalud zum Cantor canonicus, des Cathedral-Archidiaconus Joseph Durguth zum Custos canonicus, des Varier Archidiaconus Jakob Majsch zum Cathedral-Archidiaconus und des Domherrn Carl Bublitz zum Remesall zum Varier Archidiaconus am Grauer Erzbischofshofe zu ernennen und die hiedurch am demselben Erzbischofshofe erledigte letzte Domherrnstelle dem Komonore Pfarrer und Vicar, Titularprobst Michael Paunecz allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 8. December d. J. dem Cantor canonicus am Karlsburger Domkapitel Stephan Andrassy die Titularabtei von Gyro-Monostor, dem Ehrenbürger und Director des Hermaunstädter Theresianischen Waisenhauses Johann Ludwig die Titularprobst Sancti Ladislai Regis Hungaricae des Cibinio und dem Domherrn Hanspatrik Seiner Heiligkeit und röm. k. k. Stadt- und Landrath Franz Köhler die Titularabtei B. M. V. de Salomon tarfrei allergnädigst zu verleihen, ferner den Archidiacon und Pfarrer zu Gist Hatos Arcemias Grános und den Archidiacon und Pfarrer zu Gist-Szent-Simon Janos Kovács zu Ehrenbürger des Karlsburger röm. k. k. Domkapitels gleichfalls tarfrei allergnädigst zu ernennen geruht.

Auf Grund der Allerhöchsten Patente vom 21. März 1848 und 23. December 1859 wird am 2. Jänner 1866 um 9 Uhr Vormittags in dem für die Verlosungen bestimmten Locale im Bancohaus in der Singerstraße die 432. Verlosung der alten Staatsanleihe vorgenommen werden. Unmittelbar hierauf wird die 19. Verlosung der Mailand-Rom-Rentenanleihe, — die 27. Verlosung der Obligationen des im Jahre 1852 und die 7. Verlosung der Obligationen des im Jahre 1859 in England aufgenommenen Anleihe, — ferner die 12. Verlosung des fundierten Anleihe, — ferner die 6. Verlosung des gleichnamigen Anleihe vom Jahre 1845 und die 5. Verlosung des gleichnamigen Anleihe vom Jahre 1849 — endlich die 23. Verlosung der Serien des Lottoauleihe vom 4. März 1854 stattfinden.

Von der k. k. Direction der Staatsschuld.

Nichtamtlicher Theil.

Krafsau, 20. December.

Die „Wiener Abendpost“ veröffentlicht die wesentlichen Punkte des provisorischen Abkommens, welches, wie erwähnt, in den letzten Tagen zwischen dem k. k. österreichischen Statthalter in Holstein und dem k. k. preussischen Gouverneur in Schleswig über die zeitweilige Regelung der Besatzungsverhältnisse in Rendsburg getroffen worden. Bekanntlich hat die Vereinbarung von Gastein in ihrem Art. 3. bezüglich Rendsburgs für die Dauer des Provisoriums nur Bestimmungen sehr allgemeiner Natur getroffen, denen zumal die beiden contrahirenden Theile die Erhebung Rendsburgs zur deutschen Bundesfestung beizutragen werden, während bis zur bundesgemäßen Regelung der Besatzungsverhältnisse die Garnison aus österreichischen und preussischen Truppen zu bestehen, das Commando aber jährlich am 1. Juli zu alterniren hat. In Ausführung dieses Artikels haben sich nun die beiderseitigen Repräsentanten der oberkriegerlichen Autorität in den Herzogthümern über ein Reglement geeinigt, dessen Zweck es eben ist, den modus vivendi der beiden Besatzungscontingente zu normiren. Diefem Abkommen gemäß bleiben Bestimmungen über den Ausbau und die Armirung der Festung, wie über die Verwendung der gemeinsam hiezu aufzubringenden Gelder und die Regelung von Kompetenzstreitigkeiten für die Dauer des Provisoriums der oberkriegerlichen Autorität vorbehalten. Ferner werden die Commandoverhältnisse, wie sie das Alternat mit sich bringt und den Rücksichten auf vollständige Parität beider Mächte Rechnung tragend, geregelt, die Aufstellung jener Organe des Festungsdienstes, welche größere Stabilität erfordern, wie auch das Maximum der Friedensbesatzung, zu welcher jede der beiden Mächte ein gleiches Contingent zu stellen berechtigt ist, fixirt. Weitere Bestimmungen betreffen die Unterhaltung der öffentlichen Gebäude und Bequartierungsobjecte, sowie deren Benützung und eventuelle Erweiterung. Wie hiebei im Sinne der Billigkeit vorgegangen wurde, so erfolgte die Ordnung der Garnisons, Wache, Uebungs- und Disciplinarverhältnisse in einer den Bestimmungen des Bundesfestungsreglements analogen Weise. Auch in diesem Falle war übrigens das Stre-

ben maßgebend, bei Ordnung der doch nur provisorischen Verhältnisse in den Herzogthümern den Grundsätzen der Gleichberechtigung möglichst getreu zu bleiben.

Die Nachricht des „Altonaer Mercur“ betreffend eine angebliche Anfrage der Mittelstaaten, wana die im Gasteiner Vertrage in Aussicht gestellten Anträge am Bunde wegen Herstellung einer deutschen Flotte mit Kiel als Bundeshafen und wegen Erhebung Rendsburgs zur Bundesfestung zu gewärtigen sind, wird als unbegründet bezeichnet.

Der Civil-Adlatus des Statthalters von Holstein, Legationsrath von Hoffmann ist bereits in Wien eingetroffen. In erster Reihe scheint diese Hierherkunft durch Familienangelegenheiten veranlaßt zu sein und liegt derselben kein bestimmtes politisches Motiv zu Grunde. Selbstverständlich wird Legationsrath von Hoffmann, der jetzt die Zustände in den Herzogthümern aus eigener Anschauung kennen lernte, während seiner Anwesenheit in Wien in die Lage kommen, politische Angelegenheiten zu berühren.

Der „Presse“ wird aus Berlin tel. gemeldet: In Regierungskreisen circulirt die Nachricht, daß ein Plan zur Incorporation Schleswigs in Preußen vorliegt, der viel Beachtung gefunden habe. Der Annerions-Titel würde aus dem Gasteiner-Vertrage hergeleitet werden. Gleiches Verfahren Oesterreichs mit Holstein würde von Seite Preußens nicht auf Hindernisse stoßen.

Der „Kreuzzeitung“ zufolge hat Preußen den von Oesterreich am 9. d. Mts. mitgetheilten Entwurf einer nochmaligen, directen Ermahnung des Frankfurter Senats, als dem anfangs eingenommenen Standpunkte Oesterreichs nicht entsprechend, abgelehnt. Die Ablehnung erfolgte, dem citirten Journal zufolge, frühestens am 14. oder 15. December. Um diese etwas überraschende Mittheilung zu verstehen, (bekanntlich hieß es, daß Oesterreich eine Aufforderung Preußens, eine identische Note an den Frankfurter Senat zu erlassen, abgelehnt hat), ist es nöthig, auf den Gang der Verhandlungen zwischen Berlin und Wien über die Frankfurter Angelegenheit zurückzukommen. Folgendes wird uns als der richtige Sachverhalt bezeichnet: Am 14. v. Mts. wurde unserem Cabinet der preussische Entwurf eines an den Bundesstag zu richtenden Antrages, sowie einer Circulardepesche an die verschiedenen Bundesregierungen zu dem Zwecke vorgelegt, einen Bundesbeschluß herbeizuführen, durch den die in Frankfurt zu Tage getretenen Ausschreitungen der Presse und des Vereinswesens beseitigt werden sollen. Darauf antwortete Graf Mensdorff in einer Depesche vom 23. v. Mts. In derselben wurde ein Eingehen auf den Vorschlag Preußens abgelehnt, dagegen vorgeschlagen, die Wirksamkeit des Bundesbeschlusses vom 13. Juli 1854 (Normativbestimmungen über die Presse und das Vereinswesen betreffend, deren Einführung in ihren resp. Staaten den Einzelregierungen anheimgestellt war) auf die sämtlichen Bundesstaaten obligatorisch auszuweisen, und darüber am Bunde zu verhandeln. Im Falle Preußen diesen Vorschlag nicht acceptiren sollte, schlug Graf Mensdorff vor, daß die Cabinete von Berlin und Wien sich nochmals direct an den Frankfurter Senat wenden sollten. In seiner Depesche vom 5. d. M. lehnte Preußen die beantragte Ausdehnung der Normativbestimmungen auf sämtliche Bundesregierungen und ein Verhandeln darüber am Bunde ab, erklärte aber zugleich, sich der von unserem Minister vorgeschlagenen nochmaligen directen Aufforderung an den Frankfurter Senat unter der Voraussetzung anschließen zu wollen, daß der von Oesterreich vorgelegte Entwurf den preussischen Anschauungen entspreche. Unter dem 9. d. Mts. wurde sodann der gedachte an den Frankfurter Senat zu richtende Depeschen-Entwurf nach Berlin übermittelt, der also, wie die „Kreuztg.“ meldet, den Beifall des Berliner Cabinets nicht gefunden hat.

Die Worte, welche König Leopold II. in Brüssel bei seiner Thronbesteigung gesprochen, haben unbeschreiblichen Enthusiasmus hervorgerufen. Einige Blätter werfen die Frage auf, welchen Eindruck sie in Paris hervorbringen werden; namentlich jene Stelle, wo es heißt: Belgien wird seine Unabhängigkeit zu wahren wissen. Es scheint in der That, als solle eine belgische Frage auf das Capet gebracht werden. Die „Correspondance russe“ meint, der Tod des Königs Leopold werde den Verwicklungen, welche schon jetzt den europäischen Frieden bedrohen, neue hinzufügen. Es scheint sogar, sagt sie, daß Frankreich nur die Rückkunft seiner Truppen aus Rom und Mexico abwartet, um Belgien zu absorbiren. Rußland würde dieser Anexion kein Hinderniß entgegenstellen, denn es habe ihm wenig Dank eingebracht, daß es immer die Sache

des Rechtes in Europa vertheidigt hat, es sei müde, die Philanthropen-Rolle zu spielen, die ihm stets nur Unannehmlichkeiten bereitet habe. Bemerkenswerth ist, daß die „Kreuzzeitung“, welche sich bisher zu den Plänen Bismarcks bezüglich Belgiens ziemlich schweigsam verhalten hat, jetzt von der Zukunft Belgiens als einer keineswegs zweifellos gesicherten spricht.

Nach dem „Memor. dipl.“ wird zwischen Cardinal Antonelli und Sarrigues eifrig wegen Uebertragung des betreffenden Anteils der römischen Staatschuld auf das Königreich Italien unterhandelt. Bis jetzt soll der päpstliche Stuhl immer noch entschlossen sein, über diesen Punkt nicht mit Italien direct, sondern nur durch Vermittlung Frankreichs zu verhandeln.

Fürst Kantakuzen, der einzige dem Fürsten Gula wahrhaft befreundete und treuergebene Bojar, ist, mit einer Mission betraut, in Constantinopel angekommen, woselbst er allen fremden Repräsentanten seinen Besuch machte, mit Marquis Roussier aber außerdem noch eine lange Conferenz hatte. Wie es scheint, wollen fast alle Mächte den Fürsten vor der Hand halten, da man nicht wissen könne, ob man bei einer Wahl aus der Mitte der Bojaren etwas gewinnen würde; und auch von französischer Seite erhielt Gula durch eine Note Drouyn de Lhuys' an den französischen General-Consul in Bukarest die Verhütung, daß Napoleon vor der Hand an keinen Fürstenwechsel denke und daß er weit davon entfernt sei, die Familie Bibesco in dieser Richtung zu protegiren.

Nach Berichten aus Constantinopel mußte eine in der Klosterküchefrage anberaumte Sitzung vertagt werden, weil der Vertreter des Patriarchen erklärte, er könne und werde sich nicht auf mündliche Verhandlungen in dieser Sache einlassen, sondern die Anträge sollen schriftlich gestellt werden. In dieser Weise könne er sich mit seinen Committenten in Verbindung setzen, da bekanntlich die Patriarchen von Antiochien und Alexandria nicht in Constantinopel anwesend seien. Würde er mündlich repliren, so fürchte er, leicht sich durch eine Aeußerung zu engagiren, was er vermeiden müsse. Bekanntlich wollen die Patriarchen von der Regelung dieser Frage im Wege der Entschädigung nichts wissen und werden, wie es scheint, durch Rußland in ihrem Widerstand bekräftigt.

Durch einige Blätter geht die Nachricht, daß das amerikanische Concordat bereits abgeschlossen sei, und zwar durch Betrieb des nach Rom in spezieller Mission abgeordneten kaiserlich mexicanischen Hauscaplans Fischer. Die Mission dieses Herrn zielt, wie der „Volksfreund“ zu wissen glaubt, in dem Sinne: „den Papst eines Besseren zu belehren“. Der „Volksfr.“ zweifelt, daß gerade das die Art ist, in Rom zum Ziele zu gelangen, und hält daher auch den Abschluß des Concordats vorläufig noch für eine Erfindung.

Wie die „Presse“ meldet, soll sich der amerikanische Gesandte in Wien, Herr Rottley, geäußert haben, daß die Ergänzung der österreichischen Corps in Mexico durch neue Aushebungen von Seite der Regierung der Vereinigten Staaten mit der Zulassung von Verbänden für Suarez beantwortet werden würde. Die Nachricht lautet nicht sehr wahrscheinlich. Der Werbung der österreichischen Legion für Mexico, wie der belgischen, wurde von der Union kein Widerspruch entgegengestellt, warum sollten die Ergänzungen die Empfindlichkeit der Union in so hohem Grade reizen?

Ein Circular an die Zollvereins-Regierungen, meldet eine Berliner telegr. Depesche der „Echl. Z.“, soll den abschriftlichen Entwurf des italienischen Handels-Vertrages enthalten. Die Unterzeichnung durch Preußen, Baiern, Baden und Italien, vielleicht auch durch Sachsen, wird Ende Dec. d. J. oder Anfangs Jänner f. J. erwartet.

Der „Köln. Z.“ wird gemeldet: Es bestätigt sich, daß der italienische Handelsvertrag im Wesentlichen ein Principienvertrag sein wird. Schwierigkeiten durch umfassende Tarifverhandlungen werden nicht mehr erwartet. Außer Preußen und Baiern wird vielleicht auch Baden vorläufig unterzeichnen. Die Zustimmung der anderen Regierungen in nicht ferner Zeit wird keineswegs bezweifelt.

Wie aus Paris gemeldet wird, haben die vorläufigen Unterhandlungen in Betreff des Handelsvertrages zwischen Oesterreich und Frankreich am vorigen Donnerstag zwischen dem Ritter v. Schwarz und einem Director des auswärtigen Amtes begonnen.

Wie der Pariser O.-Correspondent der „Deb.“ meldet, hat die österreichische Regierung auf den Vorschlag der Brüder Joutet in Marseille drei Panzer-Fregatten bestellt, welche am 1. Juli 1867 abgeliefert werden sollen und wofür Zahlung durch das Haus Rothschild erfolgen wird.

Die Volschaft des Präsidenten Johnson soll in Pariser Regierungskreisen nicht angenehm gewirkt haben. Man war zwar auf die neue Proclamation der

Monroe-Doctrin gefaßt, hatte aber gehofft, daß den Vertretern des Südens der Eintritt in den Congreß ohne Weiters offen stehen würde, was vielleicht in Bezug auf Mexico günstige Folgen gehabt hätte. In England dagegen soll man nicht unbefriedigt sein von der Volschaft, denn was sie von den Reclamationen an England und über die Monroe-Doctrin sagt, wird dort als eine Concession an die Volsstimmung betrachtet. Die Reduction der Armee und der Marine der Vereinigten Staaten scheine aber anzudeuten, daß die Regierung in guten Beziehungen zu Frankreich und England bleiben wolle und nicht im Sinne habe, Mexico oder Canada anzugreifen.

Nach der „France“ werden die Noten, die zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten in Betreff Mexico's gewechselt worden sind und deren in der Volschaft des Präsidenten Johnson Erwähnung geschieht, von der französischen Regierung noch vor dem Erscheinen des Gelbbuches veröffentlicht werden. Die Veröffentlichung wird gleichzeitig in Paris und Washington erfolgen. Zum erstenmale wird jetzt das Vorhandensein eines Notenwechsels zwischen Paris und Washington zugestanden. Bisher wurde immer von Seite der französischen officiellen Presse beharrlich in Abrede gestellt, daß das Cabinet von Washington in der mexicanischen Frage an Frankreich Vorstellungen gemacht habe.

Landtagsverhandlungen.

Die „Wiener Abendpost“ veröffentlicht nachstehende aus Pest-Ofen vom 16. December datirte Correspondenz, welche die Allerhöchste Thronrede zum Gegenstande hat:

Es kann nicht unsere Absicht sein die einzelnen Stellen der Rede, mit welcher am 14. der ungarische Landtag vom Throne herab in feierlicher Weise eröffnet worden, eingehend zu commentiren. Die Geschichte der letzten Jahre, die traurige Periode eines leidenschaftlichen Verfassungskampfes hat in rauen Zügen einen Theil dieses Commentars geschrieben; die Geschichte unserer nächsten Zukunft, hoffentlich die Geschichte einer frohen erfüllungsgereichen Zeit, wird ihn vollenden. Der Vergangenheit und Zukunft gehört die Begründung der gestern gesprochenen Worte an, und wenn unser Blick mit Vorliebe auf letzterer ruht, wenn er sich freudig von den Erwartungen fesseln läßt, denen diese Worte verheißungsvollen Ausdruck gegeben, so ist das nur die Wirkung der königlichen Volschaft selbst, welche den Schleier milder Verfühnung über das Geschehene, über die Zeit unsicherer Volsbestrebungen, unklarer Ziele hängen und drüben, geworfen hat. Denn in der That, nicht in der Verleugnung von Irrthümern, nicht in der Abwehr falscher Richtungen liegt die Bedeutung der Thronrede, sie hat einen reicheren positiveren Inhalt. Sie erschließt uns die Perspektive einer glücklichen freiheitlichen und verfassungsmäßigen Entwicklung, eines segensreichen staatlichen Zusammenlebens. Aus der Volskraft des ungarischen Landes sollen, wie aus jener der übrigen Theile der Monarchie, die Keime sprechen, die in starkem Wuchse unsere staatliche Zukunft schützend überwölben werden. Nicht isoliren und trennen, einigen und verbinden wollen die kaiserlichen Worte. In dem Anruf an die Vertreter des ungarischen Volkes liegt der Anruf an alle Völker des Reiches, ihre freie, aber auch maßvolle und pflichtbewußte Thätigkeit zur Lösung der gemeinsamen Aufgabe wird in gleicher Weise in Anspruch genommen. Nur aus diesem Geiste heraus, nur in diesem Sinne ist die königliche Thronrede zu beurtheilen. Sie ist ein einzelnes Glied in der Kette der Maßregeln, welche die k. Regierung, gestützt auf die Forderungen des Rechts und der ausgleichenden Billigkeit zur Befriedigung der Völker Oesterreichs, zur Förderung ihrer Kraftentwicklung auf dauernden und festen staatlichen Grundlagen getroffen hat. Die k. Thronrede spricht es mit klaren Worten aus, daß die Allerhöchste Fürsorge allen Völkern gleichmäßig zugewendet ist, daß die berechtigten Ansprüche der westlichen Königreiche und Länder keine Schmälerung erfahren sollen. In die Bedingungen des Bestandes, der Machtstellung der Monarchie, in die Bedingungen eines verfassungsmäßigen Lebens, das alle Theile der Monarchie zu umschließen hat, legt sie den Schwerpunkt des Ausgleiches, der zu Stande gebracht werden soll. Die Revision der Gesetzgebung von 1848, ihrer formellen Ungiltigkeit ungeachtet, ist damit von selbst geboten; sie wird wohl alle Besorgnisse zerstreuen als könnte die Regierung ihren Streben einen einseitigen dem geschichtlichen Gedanken des Reiches widerprechenden Richtung vorgezeichnet haben. Denn in Wirklichkeit, dieser geschichtliche Gedanke ist es, der die königliche Rede in schöner und erhebender Weise bestimmt und durchdrungen hat: die Einheit dieses Reiches bei der Achtung seiner individuellen Theile, die Einheit durch die Person des Monarchen und durch die zwingende Kraft der gemeinschaftlichen Interessen, das geistige Zusammenwachsen der Kräfte ohne rohmehchanischen Zwang, sondern in ihrer freien selbstbewußten Bewegung — das sind die Ideen, welche die Regierung zu den ihren

gemacht und für welche sie — wir glauben es wohl behaupten zu dürfen — bei der großen Mehrheit des österreichischen Volkes loyale und werthvolle Unterstützung gefunden hat. Es ist eine Thatsache, die sehr ins Gewicht fällt, daß gerade auch jene Stellen der Thronrede, welche der gemeinsamen Aufgabe, der gemeinsamen Zielpunkte gedanken, bei ihrer Verlesung eine nicht zu missende Zustimmung gefunden haben. Sie zeigt, daß die Regierung nicht zu fürchten braucht, mißverstanden zu werden, als sie auch den Völkern Ungarns, dem Lande eines ehrwürdigen geistlichen Verfassungslebens die freie Bahn des 20. Septembers erschloß.

9. Sitzung der 3. Session des galizischen Landtages am 7. Dec. 1865. Stenographischer Bericht. Schluß-Verhandlung über § 7 d. G.-D.

Abg. Smolka: Es folgt der § 7. Ich muß bemerken, daß die Bestimmungen dieses Paragraphen seiner Majestät zur A. h. Genehmigung vorgelegt werden müssen und daß der § 7 nur des legitimen Zusammenhangs wegen in die Geschäftsordnung aufgenommen worden ist.

Ich erlaube den Herrn Landmarschall, die anwesenden H. H. Abgeordneten zählen zu lassen, da die Bestimmungen des nachfolgenden Paragraphen einen Zusatzartikel zum Landesstatute bilden. — Zu einer Beschlusfassung, welche eine Aenderung oder einen Zusatzartikel des Landesstatutes betrifft, müssen 2/3 Theile sämtlicher Landtags-Abgeordneten anwesend sein, und es müssen 2/3 Theile der Anwesenden für einen derartigen Antrag stimmen. Da unser Landtag aus 150 Landtagsmitgliedern besteht, so müssen 113 Abgeordnete anwesend sein, und 76 Abgeordnete sich für die Annahme des Paragraphen erklären.

(Nach der von den Secretären vorgenommenen Zählung der Abgeordneten):

Der § 7 lautet: (liest)

„Vor Constituirung des Landtages beschränkt sich die Thätigkeit desselben auf die Prüfung der Wahlacte.“

Sobald die Wahlacten der zur Beschlussfähigkeit erforderlichen Anzahl von Landtagsabgeordneten geprüft und die Wahlen für gültig erkannt worden sind, fordert der Landmarschall dem Abgeordneten das mit § 9 des L.-St. vorgezeichnete Angeldbühn ab, und erklärt den Landtag für constituirte.

Abg. Zyblikiewicz: Ich kann die Bedeutung dieses Paragraphen nicht begreifen und auch nicht verstehen, aus welchen Gründen derselbe in die Geschäftsordnung aufgenommen wurde. Ich würde in dieser Beziehung die Begründung des geehrten Herrn Berichterstatters gerne vernahmen wollen, denn ich weiß nicht, aus welchem Grunde dem Landtage vor Verifikation der Wahlen das Recht nicht zustehen soll, sich mit den Angelegenheiten des Landes zu befassen. Ich bin demnach für die Verwerfung des Paragraphen.

Abg. Krzeczunowicz: Auf die Einwendungen des Herrn Zyblikiewicz muß ich erwidern, daß wichtige Rücksichten für die Annahme dieses Paragraphen sprechen. — Dieser Paragraph bezieht sich nämlich auf die erste Landtags-Session, welche unmittelbar den allgemeinen Wahlen nachfolgt. Es kommen nämlich damals Landtagsabgeordnete zusammen, welchen auf Grund der eingehändigten Certificate das Recht zu steht, im Hause zu erscheinen, und Beschlüsse zu fassen, obwohl ihre Wahlen noch nicht verificirt worden sind. Es ist möglich, daß diese Abgeordneten auch wichtige Beschlüsse fassen. Viele von ihnen könnten für die Folge im Grunde der vorgenommenen Prüfung der Wahlacten ihrer Rechte als Abgeordnete verlustig werden, und dennoch müßten die unter ihrer Mitwirkung gefassten Beschlüsse zu Recht bestehen. Dieser Unzulässigkeit sucht der in Rede stehende Paragraph vorzubeugen.

Abg. Grocholski: Die vom Abg. Krzeczunowicz geltend gemachten Gründe sprechen nicht zu meiner Ueberzeugung. Ist denn, meine Herren! die Erklärung der Gültigkeit oder der Ungültigkeit der Wahl eines Abgeordneten von minderer Bedeutung, als eine andere Beschlusfassung?

Meiner Ansicht nach, hat der zum Landtagsabgeordneten Gewählte, von der Wahlcommission als solcher Erkannte und mit dem Wahlcertificate theilhaftig in so lange als Abgeordneter zu gelten, bis das Gegentheil erkannt wird. Er hat demnach auch das Recht, an den Beschlüssen des Hauses Theil zu nehmen. Aus diesen Gründen trete ich der Annahme dieses Paragraphen entgegen.

Abg. Smarzewski: Ich will die Aufmerksamkeit der h. Versammlung auf die Schwierigkeiten lenken, welche sich in der Praxis für den Fall ergeben würden, wenn wir den in Rede stehenden §. annehmen. Nach dem Wortlaute desselben kann der Landtag vor erfolgter Verifikation der Wahlen keine wie immer geartete Arbeit aufnehmen, es könnten demnach weder Secretäre gewählt, noch das Landtagsbureau constituirte werden. Die Verifikation der Wahlen muß eine längere Zeit in Anspruch nehmen und möge die Thätigkeit des mit dieser Arbeit betrauten Landesauschusses noch immer so groß und eifrig sein, so können leicht Wochen und Monate vergehen, bis die Wahlacte der zur Beschlussfähigkeit erforderlichen Anzahl der Abgeordneten geprüft sein werden und die Constituirung der h. Versammlung erfolgen kann. Aus diesem Grunde stelle ich den Antrag, daß anstatt des gedachten Paragraphen die in der früheren Gesetzordnung enthaltene Bestimmung aufgenommen werde: „Der Landmarschall erklärt die Constituirung des Landtages!“

Abg. Zyblikiewicz: Der Abg. Krzeczunowicz hat zur Unterstützung des vorliegenden Paragraphen außergewöhnliche Eventualitäten angeführt, welche bloß der Phantasie ihren Ursprung verdanken. Wenn wir diesen Weg betreten, müssen wir der Phantasie freien Lauf lassen. Ich bin demnach für die Verwerfung dieses Paragraphen, zumal die Grundzüge

der Gesetzgebung es nicht gestatten, einen Beschlus zu fassen, wenn eine außergewöhnliche Sache . . . Landmarschall: Abg. Krzeczunowicz hat das Wort.

Abg. Krzeczunowicz: Der Abgeordnete Grocholski hat mich nicht überzeugt. Der nicht constituirte Landtag wird über die Gültigkeit der Wahlen nothgedrungen entscheiden müssen; es liegt jedoch die Nothwendigkeit nicht vor, daß er Beschlüsse fasse, welche der bereits constituirte Landtag zu fassen hat.

Abg. Giniiewicz (ruth.): Ich finde in den Bestimmungen des §. 6 und denen des §. 7 der vorliegenden G.-D. einen auffallenden Widerspruch, denn der §. 6 bestimmt, daß dem mit einem Wahlcertificate theilhaftigen das Recht zu steht, im Landtage zu erscheinen und sich an den Abstimmungen zu betheiligen, während der §. 7 dieses Recht bloß auf die Stimmgebung in Bezug auf die Gültigkeit der Wahl beschränkt. Ich vereine mich deshalb mit den geehrten Vorrednern und bin für die Verwerfung dieses Paragraphen.

Stimmen: Wir bitten um Schluß der Debatte.

Landmarschall: Wer für den Schluß der Debatte stimmt, wolle aufstehen. (Majorität). Die Debatte ist geschlossen.

Abg. Smolka: Was die für die Annahme oder für die Verwerfung des § 7 der G.-D. geltend gemachten Gründe anbelangt, so muß ich die Aufmerksamkeit des h. Hauses auf den Umstand lenken, daß der in dem §. 7 besprochene Fall bloß bei der ersten Landtags-Session Anwendung finden kann und ich erachte es für die wichtigste Sache, daß vor allem die Prüfung der Wahlacte vorgenommen werde.

Es kann übrigens nicht in Zweifel gezogen werden, daß während der ersten Landtags-Session Beschlüsse von großer Tragweite gefast werden können und falls sich in der Folge herausstellen würde, daß diejenigen welche für die fraglichen Beschlüsse gestimmt haben, nicht Landtagsabgeordnete waren, so könnte auch der Glaube an die Rechtskräftigkeit dieser Beschlüsse wankend werden.

Die Einwendung, wienach die Prüfung der Wahlacten längere Zeit in Anspruch nehmen muß, ist von minderer Bedeutung, denn die Verifikation der Wahlen soll sobald als möglich vorgenommen werden, und eben aus diesem Grunde bin ich für die Annahme dieses §. Der Abgeordnete Smarzewski macht die Bemerkung, daß der Landtag für den Fall der Annahme des mehrerwähnten § selbst Secretäre nicht wählen könnte, dafür sorgt aber der §. 8, der G.-D. welcher die Bestimmung enthält, daß die dem Alter nach jüngsten Mitglieder des Landtages bis zur erfolgten Wahl der Secretäre, ihre Functionen zu verrichten haben.

Uebrigens sprechen für diesen § so wichtige Rücksichten, daß man auch nicht die Mühe scheuen sollte, in 6 Jahren einmal an die beschleunigte Prüfung der Wahlacten Hand anzulegen und vor erfolgter Verifikation der Wahlen der Hälfte der Landtagsabgeordneten keine andere Angelegenheiten in Verhandlung zu nehmen.

Ich bin demnach für die Annahme des vorgedachten Paragraphen.

Landmarschall: Bevor wir zur Abstimmung schreiten, stelle an das h. Haus die Frage ob der Antrag des Abgeordneten Smarzewski unterstützt wird. Wer den Antrag des Abgeordneten Smarzewski unterstützt, wolle aufstehen. (Einige Abgeordnete stehen auf.)

Es sind im Ganzen bloß 9 Stimmen. Dieser Antrag wird demnach zur Abstimmung nicht gebracht werden.

Wollen wir nun über den § 7 abstimmen. Wer für die Annahme dieses stimmt wolle aufstehen (ein Theil der Abgeordneten steht auf). Es sind nicht 2/3 Theile für die Annahme, der § 7 ist sonach verworfen.

Ich schließe für heute die Sitzung. Ich erlaube die H. H. sich in den Sectionen zusammenzufinden und zur Wahl des Administrativ-, dann des Ausschusses für juristische Angelegenheiten zu schreiten. Die nächste Sitzung wird erst Dienstag stattfinden, um den Commissionen zur Vorbereitung der Anträge Zeit zu lassen. Tagesordnung der nächsten Sitzung: Antrag des Abgeordneten Paszkiewicz betreffend die Dotirung der Czerniewicer Ackerbauschule, Antrag des Abgeordneten Zyblikiewicz betreffend die Gf. Skarbelsche Stiftung. Antrag des Dr. Jodan betreffend die Einführung von Grundbüchern, Berichterstattung des Petitionsauschusses.

Belangend die Regierungsvorlagen, so wird falls sie gedruckt und vertheilt sein werden, die erste Lesung derselben in der nächsten Sitzung erfolgen. Abgeordnete Zyblikiewicz: Ich glaube daß die nächste Sitzung wenn nicht Samstag so doch spätestens am Montag stattfinden soll. Wir tagen bereits seit mehr als zwei Wochen und haben noch immer keine Resultate aufzuweisen, die Commissionen können auch in jenen Stunden arbeiten, welche für die Landtagsverhandlungen nicht in Anspruch genommen sind.

Landmarschall: Die nächste Sitzung wird demnach Montag stattfinden.

Ich schließe die Sitzung. (Schluß der Sitzung um 2 Uhr Nachmittags)

Das Schreiben mit welchem Fürst Carlos Auersperg, Graf Hartig, Altgraf Salm-Reiferscheid, Graf Altban ihren Austritt aus dem böhmischen Landtag anzeigen, lautet:

Eu. Excellenz! Der Herr Regierungskommissär hat in der Landtags-Sitzung vom 12. December d. J. erklärt, der Reichsrath habe nicht zu Recht bestanden, und hat mit dieser Erklärung die Mitglieder des siniten Reichsrathes dem Gelächter und Hohne jener Partei im Landtage preisgegeben, welche die Reichsvertretung überhaupt perhorre-

ciert. (Lebhafte Bewegung und Widerspruch im Centrum). Da wir, zu den von Regierung wegen bloßgestellten Reichsrathsmitgliedern zählen, fest entschlossen sind, der Wiederholung solcher Scenen aus dem Wege zu gehen, welche die Herabwürdigung der pflichtmäßigen Erfüllung unserer im Sinne des Allerhöchsten Willens übernommenen Mission bezwecken, so legen wir unser Mandat hiemit nieder und eruchen Eu. Excellenz den hohen Landtag hievon in Kenntniß setzen zu wollen.

Das „Vaterland“ fällt über die Weise, wie Fürst Carlos Auersperg sein Mandat niederlegte, ein abträgliches Urtheil. Das genannte Blatt schreibt: Die Art, wie es geschehen ist, dürfte selbst bei seinen Anhängern einen peinlichen Eindruck machen. Schritte, die sich auf das öffentliche Leben beziehen, lassen sich nicht dadurch begründen, daß man behauptet, von politischen Gegnern verletzt worden zu sein. Die thatsächlichen Ausführungen der Eingabe ermangeln überdies des Beweises und enthalten jedenfalls eine unerweisliche Verdächtigung. Es scheint, daß Fürst Auersperg, nachdem die Wendung der Dinge ihm den Stützpunkt seiner bisherigen Stellung entzogen hatte, entschlossen war, auf jeden Fall zurückzutreten.

Die eingetroffenen telegraphischen Landtagsberichte lauten:

Pest, 18. Dec. (Oberhaus-Sitzung.) Der Vizepräsident beantragt eine Deputation an Ihre Majestät die Kaiserin zu entsenden, um Ihre Majestät anlässlich des Allerhöchsten Geburtstages zu beglückwünschen und die Bitte um den Allerhöchsten Besuch der Landeshauptstadt zu wiederholen. Sprecher der Deputation soll der Primas und Führer derselben Baron Sennhey sein. Der bezügliche Antrag soll, wenn er zum Beschlusse erhoben wird, dem Unterhause mitgetheilt werden. Der Antrag wird mit begeistertster Acclamation angenommen. Hierauf wurde in der Specialdebatte über das Grundentlastungsgezet fortgefahren und das Gezet in zweiter Lesung beendet. Unter den Einläufen befinden sich zahlreiche Demonstrationen gegen den Entwurf der neuen Bezirkseinteilung. Nächste Sitzung morgen. Präsident Baron Sennhey erklärt, daß er die Bitte des Hauses dem Cardinal Primas mittheilen, er selbst die Führerrolle übernehmen und den Antrag dem Unterhause mittheilen werde, und proponirt folgende Mitglieder für die Deputation: den Antragsteller, den Somogyer Obergespan, den Temesvarer griechisch u. u. Bischof und die Grafen Paul Esterházy, Anton Szapary, Alex. Teleki und Julius Széchenyi. Der Antrag wird angenommen. Ein anderer Gegenstand war nicht auf der Tagesordnung. Heute Morgens wurden die Geheimräthe Bischof Johann Simor, Kronhüter Baron Nyary und Generalinspector der Protestanten Baron Pronay beidigt.

„Jdof Tanuja“ meldet, Deak habe am 18. d. um 3 Uhr Nachmittags im Hotel Europa eine Conferenz mit seinen Parteigenossen gehalten. Wie ein Pester Telegramm des „Freundenbl.“ meldet, fand diese Privat-Conferenz der Deakisten statt, um über den Inhalt der Adresse zu berathen. Ghiczay ist von der Präsidenten-Candidatur zurückgetreten, die Beschlußmänner haben ihre Minorität eingesehen. Szentivany wird einstimmig gewählt werden. Die Verifikation geht äußerst rasch vorwärts. Präsidentenwahl ist wahrscheinlich morgen.

Klausenburg, 18. Dec. In der heutigen Landtags-Sitzung wurde eine Deputation mit der Adresse des Landtages an den Statthalter Grafen Grenneville entsendet.

Prag, 18. Dec. Se. Maj. der Kaiser ertheilte den Landesumlagen die Allerhöchste Sanction. — Eine Commission von 9 Mitgliedern hat über den Mandatsverlust des nicht am Landtage erschienenen in Mexico weilenden Abg. Grafen Oswald Thun zu referiren. — Mehrere Mitglieder von der Linken interpelliren den Statthalterleiter wegen des von der Staatsbahn wieder eingestellten Güterverkehrs in Böhmen. Graf Czanksky bemerkt: die erstattete Anzeige von der Verkehrseinstellung auf einige Tage sei zur Kenntniß genommen worden. Auf die ihm heute gemachte Mittheilung, die Verkehrseinstellung könne mehrere Wochen dauern, habe er vorläufig die Verkehrs-Einstellung aufgehoben (Beifall) und erwarte weitere Verhaltungsmaßregeln von Wien.

Linz, 18. Dec. Der Antrag Wurmb und Genossen: Der Verfassungsausschuss werde beauftragt, die Frage zu erörtern, ob in Ober-Oesterreich Bezirksgemeinden und Vertretungen einzuführen seien, und im bestehenden Falle eine bezügliche Vorlage am Landtag einzubringen, wird dem Verfassungsausschuss zugewiesen. Der Landtag beschließt, die Regierung zu eruchen, noch in der Session eine Vorlage über eine Bauordnung für das flache Land einzubringen; ferner die wiederholte Publicirung der Strafgesetzbestimmungen bezüglich der feuergefährlichen Handlungen zu veranlassen. Der Landtag bewilligt aus Landesmitteln dem Unterstüßungsverein der philosophischen Facultät in Wien pro 1866 einen Beitrag von 100 fl.

Graz, 18. December. Der Obmann des Ausschusses über die Bezirksvertretungen und die Regierungsvorlage bezüglich der politischen Territorial-Einteilung, Ritter von Frank, stellt an den Regierungskommissär acht Fragen, worin er theils Aufschlüsse über die von der Regierung beabsichtigte Organisirung der politischen Behörden erster Instanz, die ganze oder theilweise Uebergabe des Wirkungskreises an die Bezirksvertretungen und die möglichste Erweiterung der Autonomie der Bezirksgemeinden verlangt. Interpellant sagt in der Begründung: „Unberechenbare Vortheile gewähre die Autonomie. Die Bezirksgemeinden erwecken nur dann das wahre Volksinteresse, wenn ihr Wirkungskreis alle Angelegenheiten des Wohlles der Gemeinde umfaßt. Daneben ist der Bestand der landesfürstlichen Behörden für die Bezirksvertretungen lästig, hemmend und eine Gefahr für das constitutionelle Leben wegen vorkommenden Wechsel-

fels der Regierungssysteme. Deshalb soll das Land die ganze politische Administration erster Instanz übernehmen. Schließlich bittet er um baldige thunlichste Beantwortung. Der Statthalter erwidert, daß bezüglich der Aufschlüsse über die Regierungsvorlage der Regierungskommissär im Ausschusse erscheinen werde; bezüglich der übrigen Anfragen, welche die neue politische, die Justizverwaltung und die Administration betreffen, wird die Antwort vom Regierungsbefehl abhängen. — Hierauf folgen Berichte des Petitions-Ausschusses über Handels-Angelegenheiten. Nächste Sitzung Mittwoch.

Klagenfurt, 18. Dec. Das Präliminare der Krankenanstalt wurde nach den Anträgen des Ausschusses mit einigen Abstrichen angenommen.

Brünn, 18. Dec. Vor Beginn der Debatte wird ein Vertagungsantrag gestellt, jedoch in namentlicher Abstimmung mit 47 gegen 36 Stimmen abgelehnt. In der darauf folgenden Verhandlung werden die Anträge des Finanzausschusses, die nur wenig von denen des Landesauschusses abweichen, angenommen, die Sitzung um halb 3 Uhr unterbrochen; dieselbe wird um 5 Uhr wieder aufgenommen.

Innsbruck, 18. Dec. Eine Interpellation, ob jetzt eine Hoffnung vorhanden sei, daß der im vorigen Jahre gestellten Bitte des Landtages um Ausdehnung des Tabakbaues in Süd-Tirol vom Ministerium Folge gegeben werde, wurde vom Statthaltereivizepräsidenten Grafen v. Coronini dahin beantwortet daß er bereits von freien Stücken diesen Antrag an das Finanzministerium gestellt habe. Die Abgeordneten aus Belsch-Tirol erneuern den Antrag auf eine eigene Landtags- und Landesauschussabtheilung. Die Anträge des Landesauschusses wegen Errichtung einer Anstalt für unheilbare Irre und Uebernahme der Gebäranstalt Alla Peste in Trient wurden zwei Comités zugewiesen.

Bregenz, 18. December. (Landtags-Sitzung.) Das 1866er Landes-Präliminare, die Landes-Vertheilungs-Ordnungs-Abänderung, die alljährliche Auscheidung eines Mannschaftsviertels betreffend, wurde nach den Comités-Anträgen angenommen. Das Gutachten bezüglich der politischen Bezirks-Einteilung wird nach den Ausschuss-Anträgen dahin abgegeben, daß sechs politische Commisäre mit den nothwendigsten Schreibkräften zu ernennen seien; im Ablehnungsfalle wird die bezügliche Regierungsvorlage (drei Bezirke) adoptirt unter Beifügung des Wunsches: daß für das Recontruirungs-Geschäft in den aufzuhebenden Bezirken selbständige Commisäre auf Staatskosten zu entsenden, und die neuen Stellen mit möglichst wenigen aber antbefeldeten Beamten zu besetzen seien. Auch die Greirung einer selbstständigen zweiten politischen Instanz in Vorarlberg wurde befürwortet. Nächste Sitzung Mittwoch. Tagesordnung: Schuldebatte.

Varenzo, 18. Dec. Ueber Antrag des Finanzcomités wurde zur Bedeckung der Erfordernisse des Landesfonds pro 1866 ein Zuschlag von 50 pCt. auf die indirecten Steuern beschloffen.

†† Krakau, 20. December.

Am 7. d. ist der 29 Jahre alte Ferdinand Stiller aus Nisko gebürtig, aus der kais. russischen Gefangenenschaft heimgekehrt und wurde vom k. k. Gränzbezirksamte in Zaworono übernommen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 19. December.

Der „NYP.“ wird aus München, 16. d. Mts. geschrieben: Bald nach der Ankunft Ihrer Majestät der Kaiserin von Oesterreich erkrankte eine Kammerfrau. In der Nacht mußte der Leibarzt der herzoglichen Familie, Hofrath Dr. Fischer, gerufen werden. Ein Zeitungs-Correspondent folgerte daraus, der Arzt sei von der Kaiserin verlangt worden. Er schrieb in mehreren Blättern, die Kaiserin befände sich „nicht ganz wohl“. Diese Mittheilung ist aber vollständig grundlos. Die Kaiserin hatte sich nicht leicht einer besseren Gesundheit je zu erfreuen, als gerade hier. Während eines starken Schneegestöbers sah man gestern die Kaiserin, nur von der Gräfin Königsegg begleitet, zu Fuß in den Straßen der Stadt umherwandeln. Heute war die herzogliche Familie zum Dejeuner im „Englischen Hof“ um die Kaiserin versammelt.

Telegraphische Depeschen aus Ofen, 18. Decemb. melden: Auf die Ansprache des Führers des Landwirtschaftsvereins geruhten Se. Majestät Folgendes zu erwidern:

„Die Beweise Ihres geistlichen Wirkens, welche Sie mir im Laufe dieses Sommers geliefert haben, sind mir noch in angenehmer Erinnerung und ich hoffe, daß Sie auch inmitten des bewegten politischen Lebens, in welchem wir uns jetzt befinden, nicht ermüden werden, Ihren segensreichen Beruf zu erfüllen; denn wir fühlen es wohl alle, wie nothwendig eine stete Verbesserung unserer wirtschaftlichen Zustände sei. Auf meine thunlichste Unterstützung Ihres Wirkens können Sie stets mit Zuversicht rechnen.“

Die Deputationen der Pester israelitischen Gemeinde und des Magyar izraelita egyelet wurden gleichzeitig empfangen und geruhten Se. Majestät an den Sprecher der Ersteren huldvolle Worte zu richten. Se. Majestät bemerkten, daß die Zeit nicht ferne sei, wo die berechtigten Wünsche der Israeliten in Erfüllung gehen werden.

Der Deputation des ungarisch-israelitischen Vereins geruhten Se. Majestät Folgendes zu erwidern: „Die Verbreitung der ungarischen Sprache und Literatur ist eine edle und lobenswerthe Aufgabe. Trachten Sie dieselbe ohne confessionelle Schwelungen zu erfüllen, denn Ihr zu dem überwählten Zwecke gebildeter Verein kann seiner Bestimmung nur in dieser Weise entsprechen.“

An die Deputation der Bodencreditanstalt richteten Se. Majestät folgende Worte:

Rundmachung. (1280. 3)
Erkenntnis.

Das k. k. Landesgericht Wien in Strafsachen erkennt kraft der ihm von Sr. k. k. Apostol. Majestät verliehenen Amtsgewalt, daß der Inhalt der Druckschrift: „Brief über die ungarische Frage, von einem Ungarn, Separat-Abdruck aus der „National-Zeitung“, Berlin 1865, Druck von Eduard Krauß in Berlin,“ das Verbrechen der Störung der öffentlichen Ruhe nach § 65 lit. a. St. G. B. begründet und verbindet damit nach § 36 St. G. das Verbot der weiteren Verbreitung dieser Druckschrift und des Inhaltes derselben.

Vom k. k. Landesgerichte in Strafsachen.
Wien, am 1. Dezember 1865.

Der k. k. Landesgerichts-Präsident,
Boschan m. p.
Der k. k. Rathsecretär,
Schallinger m. p.

N. 64062. Concurs-Rundmachung. (1285. 2-3)

Zur Befestigung einer Lehrersstelle an der Sniatynker Communal-Unterrichtsschule mit dem Gehalte jährlich 630 fl. ö. W. und dem Vorrechte in die höheren Gehaltsstufen von 840 und 1050 fl. ö. W. nach zehn- und beziehungsweise zwanzigjähriger entsprechender Dienstleistung wird der Concurs bis Ende Dezember l. J. ausgeschrieben.

Bewerber um diesen Dienstposten haben die Befähigung zum Unterrichte in der deutschen Sprache, Geographie und Geschichte, Naturgeschichte, dann auch die genaue Kenntniss der Landes-Sprachen nachzuweisen, weil sie eventuell verpflichtet sein werden, den Schülern das Verständniss des Unterrichtsgegenstandes durch Erläuterungen in der Muttersprache zu erleichtern.

Die Bewerbungs-Gesuche sind von den Competenten, wenn sie bereits im öffentlichen Dienste stehen, im Wege der vorgesetzten Behörde, sonst aber unmittelbar bei der k. k. galizischen Statthalterei einzubringen.

Von der k. k. galiz. Statthalterei.
Lemberg, am 2. Dezember 1865.

Nr. 34926. Rundmachung. (1289. 1-3)

Der Rinderpest-Ausbruch zu Nadyby im Samborer Bezirke und die Einstellung der Hornviehmärkte in Sambor wird zur allgemeinen Kenntniss gebracht.

Von der k. k. Statthalterei-Commission.
Kraakau, am 14. Dezember 1865.

3. 35240. Rundmachung. (1290. 1-3)

Der Rinderpest-Ausbruch in Horbace, Komarner Bezirke und die Einstellung der Hornviehmärkte in Komarno wird zur allgemeinen Kenntniss gebracht.

Von der k. k. Statthalterei-Commission.
Kraakau, am 18. Dezember 1865.

3. 978. Vicitations-Ankündigung. (1286. 1-3)

Wegen Sicherstellung der Verpachtung der Spitalskost-Bereitigung und Beheizung der Kochgeschirre für das k. k. Garfisons-Spital zu Kraakau, dann Wäsche-Reinigung und Lieferung des Brennöls für die k. k. Artillerie-Schulcompagnie zu Kobzów für das Jahr 1866 resp. vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1866 wird im hierortigen Spitals-Gebäude am Gastell zu Folge hoher k. k. Landes-General-Commando-Befehlungs-Abtheilung 5, Nr. 1399 vom 2. Dezember 1865

am 28. Dezember 1865 um 9 Uhr

Vormittags

eine öffentliche Verhandlung sowohl im mündlichen als im Offertwege abgehalten werden, allwo die Vicitationsbedingungen in den gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden können.

Zur Vicitation wird Niemand zugelassen, der sich nicht früher mit einem nicht über ein Jahr alten von seiner zuständigen politischen Behörde ausgestellten Zeugnisse über seine Solidität und die diesfällige Geschäftsfähigkeit ausweist, welches Zeugnis amtlich beglaubigt vor Beginn der Vicitation der Spitals-Commission zu übergeben ist; ferner hat ein jeder Offertent ein Badium von 2000 fl. für die Verpachtung der Spitalskost, 5 fl. für Verzinnungen der kupfernen und eisernen Kochgeschirre

Für die k. k. Artillerie-Schulcompagnie zu Kobzów

30 fl. für die Reinigung der Wäsche, 30 fl. für die Lieferung des Brennöls zu hinterlegen, welches denjenigen, welche nichts erstehen, gleich nach beendeter Vicitation zurückgestellt werden wird, von dem Ersteher aber sogleich bei Unterfertigung des Vicitations-Protocolls auf die bemessene Caution ergänzt und depositirt werden muß.

Die Caution kann entweder im baaren Gelde, oder in Staatspapieren nach dem börsenmäßigen Course in einer Real-Caution oder in einer Bürgschaft geleistet werden. Schriftliche Offerten werden bis vor Beginn der Vicitation unter nachstehenden Bedingungen angenommen und berücksichtigt:

- Dieselben müssen vor Beginn der mündlichen Vicitation einlangen, versiegelt und mit dem bestimmten Badium belegt sein.
- Der betreffende Offertent hat in seinem Anerbieten ausdrücklich zu erklären, daß er in Nichts von den bekanntgemachten Vicitations-Bedingungen abweichen wolle, vielmehr durch sein schriftliches Offert sich ebenso verbindlich mache, als wenn ihm die Vicitationsbedingungen bei der mündlichen Versteigerung vorgelesen worden wären, und er dieselben so wie das Protocoll selbst, mit unterschrieben hätte; so mit hat
- der Offertent in dem schriftlichen Offert sich zugleich zu verpflichten, im Falle er Ersteher bliebe nach er-

haltener officieller Kenntniss hiebon das Badium zur vollen Caution unverzüglich zu ergänzen, und falls er dieses unterließe, sich dem richterlichen Verfahren ganz und zwar so zu unterwerfen, als wenn er die Caution selbst erlegt und die Lieferung übernommen hätte, und so daß er auch zur Ergänzung der Caution auf geziemlichem Wege verhalten werden kann.

d) In dem schriftlichen Offerte ist der Anbot mit Buchstaben auszusprechen und ein für allemal bestimmt auszusprechen, weil dieser Anbot als unabänderlich betrachtet werden muß, und es dürfe also

e) in diesem Offerte ebenso wenig bedingungsweise auf das noch unbekannte Resultat der mündlichen Vicitation oder andere Offerte bezugnehmende Nachlässe als Ausnahme oder Abweichungen von den Vicitationsbedingungen vorkommen.

Die gleichzeitige Theilnahme eines Concurrenzlustigen im mündlichen und schriftlichen Wege ist unterjagt. Nachträgliche Offerte werden als geizwidrig nicht angenommen.

Ebenso werden in telegraphischer Form einlangende Offerte nicht berücksichtigt.

Die Vicitationsbedingungen, sowie die Formulare zur Verfassung der schriftlichen Offerte können täglich in der Spitals-Rechnungs-Kanzlei eingesehen werden.

Vom k. k. Militär-Garnisons-Spitals-Commando.
Kraakau, am 18. Dezember 1865

L. 23650. E d y k t. (1283. 2-3)

C. k. Sad krajowy Krakowski jako Sad wekslowy niniejszym p. Dawidowi Tynbergerowi lub Tynbergowi z miejsca pobytu niewiadomemu wiadomo czyni, iż przeciw niemu pod dniem 14 grudnia 1865 do l. 23650 p. Wilhelm Damask o zapłacenie sumy wekslowej 500 zlr. z przyn. wniosł pozew, w załatwieniu którego dłużnikowi wekslowemu p. Dawidowi Tynbergerowi vel Tynbergowi do rak ustanowionego dla niego kuratora w osobie p. adw. Dra. Koczyńskiego z zastępstwem p. adw. Dra. Machalskiego polecono, aby na zasadzie wekslu z dnia 10 września 1865 w trzy miesiące od daty płatnego, należność wekslową w kwocie 500 zlr. w. a. wraz z procentem po 6% od dnia 11 grudnia 1865 i kosztami w kwocie 9 zlr. 81 kr. w. a. przynznanemi p. Wilhelmowi Damaskowi w zakresie trzech dni pod zagrożeniem egzekucji wekslowej wyplacił, lub w tym samym terminie swoje zarzuty do Sadu wniosł.

Poleca się zatem pozwanemu, aby w powyższym zakresie czasu albo sam stanął, albo potrzebne do obrony środki ustanowionemu dla siebie kuratorowi udzielił, albo innego obrońcę sobie obrał i o tém Sadowi tutejszemu doniósł, w razie bowiem przeciwnym wynikłe z zaniedbania skutki sam sobie przypisać będzie musiał.

Kraków, dnia 15 grudnia 1865.

3. 18358. E d i c t. (1265. 3)

Vom Tarnower k. k. Kreisgerichte wird dem abwesenden Heinrich Niewierowski mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider denselben Abraham Rubin wegen der Wechselforderung von 710 fl. ö. W. f. N. G., unterm 26. November 1865 3. 18358 eine Klage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber unterm

30. November 1865 3. 18358 eine Zahlungsauftrag erlassen wurde.

Da der Aufenthaltsort des Belangten Heinrich Niewierowski unbekannt ist, so hat das k. k. Kreisgericht zu dessen Vertretung und auf dessen Gefahr und Kosten den hiesigen Advocaten Hrn. Dr. Jarocki mit Substitution des Hrn. Advocaten Dr. Serda als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach der Belangte erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem k. k. Kreisgerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem er sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben wird.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes.
Tarnow, am 30. November 1865.

3. 14256. E d i c t. (1287. 1-3)

Vom k. k. Tarnower Kreisgerichte wird im Nachhange des unterm 2. October 1865 3. 15098 erlassenen Edictes dem abwesenden Jbzislaus Bogusz bekannt gemacht, es werde zu seiner Vertretung in dem wider ihn von Marius Knobel pr. 1300 fl. ö. W. f. N. G. angebrachten Wechselrechtsstreite statt des Adv. Dr. Rosenberg Adv. Dr. Kaczkowski mit Substitution des Advocaten Dr. Hoborski als Curator bestellt.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes.
Tarnow, am 27. November 1865.

Anzeigeblatt.

allen Buch-, Kunst-, Mal- und Zeichen-Requisiten-

Die auf der Londoner Welt-Ausstellung 1862 prämiirten

Zeichen-Vorlagen

von Wilh. Hermes in Berlin
empfehlen sich zu hübschen Festgeschenken.

à Heft 6 Sgr. und 10 Sgr. (1270. 3)

Als ein besonders elegantes

Weihnachts- & Neujahrs-Geschenk

empfehlen sich die **Selfarbedruck-Bilder** der artistischen Anstalt (des Ed. Hölzel in Olmütz). Dieselben sind den schönsten Delgemälden gleich. — Da die Bilder auf sehr mäßige Ratenzahlungen gegeben und gleich bei der ersten Rate verabsfolgt werden, so kann Jeder für einige Gulden sich eine werthvolle Zimmerzierde verschaffen.

Ferner eignen sich als Weihnachts-Geschenke die in unserem Geschäft in großer Auswahl und zu äußerst billigen Preisen vorhandenen Berliner und Wiener Naphtha-Lampen.

Eibenschütz & Schönfeld,

Fischergasse Nr. 476/49 Gm. I, im Durchhaufe.

National-Zeitung in Wien.

Vom 1. Jänner 1866 an erscheint in Wien ein großes, politisches Journal, die

„National-Zeitung“

Eigentümer: Dr. Gust. Ad. Ungár (Szentmiklósy.)

in einem zwei Bogen starken Morgenblatt und einem Abendblatt.

Dasselbe bringt politische, volkswirtschaftliche und schönwissenschaftliche Artikel, durchgehend im großen Styl gehalten, ferner die Verhandlungen der verschiedenen legislativen Körperschaften Oesterreichs, insbesondere die des ungarischen Landtages aus erster Hand, außerdem, wie üblich, Telegramme, rasche und verlässliche Correspondenzen aus allen Hauptstädten Europa's, Tagesneuigkeiten, Börsenberichte, Uebersichtliches aus dem Gerichtssaal und den Gemeinderaths-Sitzungen u. c. Ein regelmäßiges Feuilleton, von Hrn. Carl Beck geleitet, bringt kleinere Erzählungen, culturhistorische Aufsätze, Reisebilder, beipricht sämtliche Erscheinungen und Bewegungen in Literatur, Kunst, Theater u. s. w.

Ein regelmäßig fortlaufender **Original-Roman** bildet eine **Separatbeilage** des Blattes. Die besten Kräfte Oesterreichs und des Auslandes haben sich dem Blatte angeschlossen und ihre dauernde Mitwirkung zugesagt.

Das Programm der „National-Zeitung“ wird auf Verlangen gratis und franco zugesendet.

Abonnements-Bedingungen:

mit täglich einmaliger Postversendung:			mit täglich zweimaliger Postversendung:		
Ganzjährig	fl. 20.—		Ganzjährig	fl. 24.—	
Halbjährig	fl. 10.—		Halbjährig	fl. 12.—	
Vierteljährig	fl. 5.—		Vierteljährig	fl. 6.—	
Monatlich	fl. 1.70		Monatlich	fl. 2.—	

Inserate aller Art werden billigt berechnet. Bei Einsendung der Abonnementsaufträge ersuchen wir um genaue und deutliche Angabe der vollständigen Adresse, d. i. des Namens und Charakters, des Wohnortes und der letzten Poststation.

Zur Vermeidung von Verwechslungen mit anderen Journalen, welche unter gleichem Titel in Deutschland erscheinen, ersuchen wir nebst unserem Titel auch **Wien** als den Erscheinungsort auf der Außenseite des Bestellbriefes deutlich hervorzuheben, etwa **„National-Zeitung in Wien.“**

Das Abonnement bitten wir rechtzeitig einzusenden, damit keinerlei Verzögerung in der pünktlichen Expedition stattfindet.

Wien, im Dezember 1865.

Die Administration der „National-Zeitung“

Stadt, Maximilianstraße 3.

Die Abonnenten erhalten die im Dezember erscheinenden Probenummern gratis.

Meteorologische Beobachtungen.

Tag	Barom.-Höhe auf 0° Reaum. red.	nach Reaumur Temperatur	Relative Feuchtigkeit der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Zustand der Atmosphäre	Erscheinungen in der Luft	Veränderung d. Wärme im Laufe des Tages von bis
19	333.11	+2.4	76	West still	trüb		
20	34.41	+1.8	86	West-Süd-West still			-0.4 +2.4
21	34.3	+0.4	96				

Druck und Verlag des Carl Budweiser.

Empfehlenswerthe Bücher!

durch jede solide Buchhandlung zu beziehen:

Weltgeschichte

von Gustav Struve. Siebente Auflage, 6 Bände. Coburg. F. Streit's-Verlag. 5. W. fl. 20.40 fr.

Insbesondere für Ständemitglieder unentbehrlich:
Von der zweckmäßigen Seerechtsbildung und erfolgreichen Kriegführung und ihren Hindernissen. Zur Frage des Uebergangs vom stehenden Heerwesen zum Milizsystem. Mit einem Anhang: (1251. 3-5)

Die stehenden Heere und der arme Mann. Zweite Volksausgabe. Coburg. F. Streit's-Verlag. 5. W. fl. 4.54 fr.

Volksgesundheitspflege.

von Dr. E. Reich, Docent der Medicin. Populärwissenschaftlich. Zweite vermehrte Ausgabe. Coburg. F. Streit's-Verlag. 5. W. fl. 2.27 fr.

Wiener Börse-Bericht

vom 18. Dezember.

Öffentliche Schuld.

A. Des Staates.	Geld	Waare
In Oest. W. zu 5% für 100 fl.	59.80	60.—
Aus dem National-Anleihen zu 5% für 100 fl. mit Zinsen vom Jänner — Juli	66.10	66.25
„ „ vom April — October	65.90	66.10
Metalliques zu 5% für 100 fl.	63.50	63.70
„ „ 4 1/2% für 100 fl.	56.75	57.—
„ „ mit Verlosung v. J. 1839 für 100 fl.	139.50	140.50
„ „ 1854 für 100 fl.	81.—	81.40
„ „ 1860 für 100 fl.	92.70	92.90
Prämiencheine vom Jahre 1864 zu 100 fl.	78.30	78.5
„ „ zu 50 fl.	—	—
Somo-Rentencheine zu 42 l. austr.	18.25	18.75

B. Der Kronländer.

Grundentlastungs-Delegationen	Geld	Waare
von Nieder-Oest. zu 5% für 100 fl.	82.—	83.—
von Mähren zu 5% für 100 fl.	81.50	82.—
von Schlesien zu 5% für 100 fl.	87.—	88.—
von Steiermark zu 5% für 100 fl.	87.—	88.—
von Tirol zu 5% für 100 fl.	—	—
von Kärnten, Krain u. Küst. zu 5% für 100 fl.	84.—	88.—
von Ungarn zu 5% für 100 fl.	69.75	70.25
von Lemberger Banat zu 5% für 100 fl.	68.25	68.25
von Croatien und Slavonien zu 5% für 100 fl.	71.—	72.—
von Galizien zu 5% für 100 fl.	67.50	68.—
von Siebenbürgen zu 5% für 100 fl.	64.50	65.25
von Bukowina zu 5% für 100 fl.	66.—	66.75

Actien (pr. St.)

der Nationalbank.	759.—	761.—
der Credit-Anstalt zu 200 fl. öst. W.	158.40	158.60
der Wiener. Escompte-Gesellsch. zu 500 fl. ö. W.	581.—	583.—
der k. k. Nord-Oestb. Bahn zu 1000 fl. ö. W.	1638.—	1660.—
der Staats-Eisenbahn-Gesellschaft zu 200 fl. ö. W. oder 500 fr.	178.30	178.50
der vereinigten österr. lomb. ven. und Centr.-ital. Eisenbahn zu 200 fl. öst. W. oder 500 fr.	18.—	181.—
der k. k. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. ö. W.	121.50	122.—
der galiz. Karl Ludwig-Bahn zu 200 fl. ö. W.	186.80	187.20
der Lemberger-Garnowitzer Eisenb.-Ges. zu 200 fl. ö. W. in Silber (20 Pf. St.) mit 33 1/3 Ctr.	66.—	67.—
der priv. böhmischen Westbahn zu 200 fl. ö. W.	153.50	154.—
der Süd-nord. Verb.-B. zu 200 fl. ö. W.	109.25	109.75
der Leobs. zu 200 fl. ö. W. mit 140 fl. (70%) Ctr.	147.—	147.—
der österr. Donau-Dampfschiffahrt-Gesellschaft zu 500 fl. ö. W.	444.—	445.—
des österr. Lloyd in Triest zu 500 fl. ö. W.	217.—	218.—
der Wiener Dampfmühl.-Actien-Gesellschaft zu 500 fl. öst. W.	390.—	395.—
der Oest.-Böhm. Kettenbrüche zu 500 fl. ö. W.	365.—	368.—

Pfandbriefe

der Nationalbank, 10jährig zu 5% für 100 fl.	104.—	104.50
auf G. u. M. 1 verlosbar zu 5% für 100 fl.	93.—	93.25
auf österr. W. verlosbar zu 5% für 100 fl.	88.60	88.80
Galiz. Credit-Anstalt öst. W. zu 4% für 100 fl.	87.—	87.50

P o s t e

der Credit-Anstalt zu 100 fl. öst. W.	119.80	120.—
Donau-Dampfsch.-Gesellschaft zu 100 fl. ö. W.	76.—	76.50
Triester Stadt-Anleihe zu 100 fl. ö. W.	108.50	109.50
zu 50 fl. ö. W.	48.25	48.75
Stadtgemeinde Ofen zu 40 fl. öst. W.	21.—	22.—
Göhrbazu zu 40 fl. ö. W.	—	—
Salm zu 40 fl. „	26.50	27.—
Palffy zu 40 fl. „	21.50	22.50
Clary zu 40 fl. „	22.—	22.50
St. Genois zu 40 fl. „	22.—	22.50
Windschgräb zu 20 fl. „	15.—	15.50
Waldheim zu 20 fl. „	15.—	17.—
Regiovid zu 20 fl. „	12.—	12.50
K. k. Hofpitalfond zu 10 fl. österr. Währ.	12.—	12.50

Wechsel. 3 Monate.

Bank (Platz) Sconto		
Augsburg, für 100 fl. süddeut. Währ. 6 1/2%	88.50	88.60
Frankfurt a. M., für 100 fl. südd. Währ. 6 1/2%	88.50	88.60
Hamburg, für 100 fl. W. 5%	78.70	78.90
London, für 10 Pf. Sterl. 6%	105.10	105.15
Paris, für 100 Francs 4%	42.—	42.—

Cours der Geldsorten.

	Durchschnitts-Cours		Legster Cours	
	fl.	fr.	fl.	fr.
kaiserliche Münz-Dukaten	—	—	5 04	5 15
„ vollw. Dukaten	—	—	5 14	5 05
Krone	—	—	—	—
20 Krancstücke	—	—	8 47	8 45
Russische Imperiale	—	—	8 70	8 72
Silber	105 25	—	105 25	105 30

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge
vom 10. September 1865 angefangen bis auf Weiteres.

Abgang

von Kraakau nach Wien 7 U. 10 M. Früh, 3 U. 30 M. Nachm.; — nach Breslau, nach Odrau und über Oderberg nach Preußen und nach Warschau 8 Uhr Vormittags; — nach Lemberg 10 Uhr 30 Min. Vorm., 8 Uhr 30 Minuten Abends; — nach Wiletska 11 Uhr Vormittags, 11 Uhr 51 Min. Nachm.; — von Wiletska 6 Uhr 15 Min. Abends; — von Odrau nach Kraakau 11 Uhr Vormittags, 8 Uhr 30 Minuten Abends; — von Lemberg nach Kraakau 5 Uhr 20 Min. Abends und 5 Uhr 10 Min. Morgens.

Ankunft

in Kraakau von Wien 9 Uhr 45 Min. Früh, 7 Uhr 45 Min. Abends; — von Breslau 9 Uhr 45 Min. Früh, 5 Uhr 21 Min. Abends; — von Warschau 9 Uhr 45 Min. Früh; — von Odrau über Oderberg nach Preußen 5 Uhr 27 Min. Abends; — von Lemberg 6 Uhr 11 Min. Früh, 2 Uhr 51 Min. Nachm.; — von Wiletska 6 Uhr 15 Min. Abends; — in Lemberg von Kraakau 8 Uhr 32 Min. Früh, 9 Uhr 40 Minuten Abends.